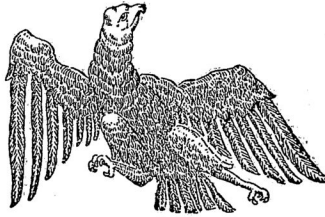


Abonnements

werden von den Postanstalten, den Briefträgern und unseren...
Bezugspreis monatlich 1,60 Reichsmark zuzügl. Postgebühren.



Anzeigen

werden im Verlage: Berlin W 35, Köhnowstraße 87, von unseren...
Abonnenten erhalten auf Familienanzeigen 25 Prozent Rabatt.

Teltower Kreisblatt

Verlagsdruck-Anstalt:
Sammel-Nr. B 2 Köhnow 671.

Täglich erscheinende Zeitung.

Postfachkonto:
Berlin 1519 51.

Nr. 25.

Berlin, Montag, den 30. Januar 1933.

78. Jahrg.

Amtliches.

Weitere amtliche Bekanntmachungen sind im Inseratenteil dieser Nummer veröffentlicht.

Aufhebung der Abbedeckungsordnung.
Die Abbedeckungsordnung vom 20. Juni 1931 (Amtsblatt Seite 161) mit den Nachträgen dazu vom 25. November 1931...

Wisdam, den 19. Dezember 1932.
Der Regierungspräsident.

A. II. 325. Veröffentlicht.
Berlin, den 25. Januar 1933.
Der Landrat des Kreises Teltow, von Nathusius.

A. VII. C. 6. Elisabeth Conrad, Johannes Sed, Adolf Koch, Erich Opitz, Paul Rozante, Paul Lehmann, Otto Klatte, Otto König, Bertha Orlsen, Curt Bahle, Wilhelm Krülow, Anna Erlich, Georg Kluge, Kurt Wittner, Martha Meyer, Helene Hansen, Robert Schindler, Annaliese Krichmar, Richard Manste, Elfriede Busch, Martha Seidel, Alfred Broje in Berlin, Max Kanabekti, Bruno Doll, Ida Heroldt, Schulendorf, Hans Brandenburg, Bernsdorf, Max Schäpe, Georg Klemp, Teltow, Reinhold Koppe, Wildau, Ernst Bienecke, Seelen, beantragen die Erteilung der Anschließungsgeheimhaltung für ihre Grundstücke in Zabelsdorf, Dahlewitz, Großmagnow, Südbüschel, Niedersdorf, Kamsdorf, Schulendorf, Gensig, Stahnsdorf, Teltow, Teupitz, Wildau, Zesten und Jossen.

Etwasige Einsprüche gegen die Anschließung in Jossen können binnen 21 Tagen, in den übrigen Gemeinden binnen 7 Tagen bei uns erhoben werden. Die Pläne liegen bei den Gemeindevorstehern bzw. bei den Magistraten in Teltow, Teupitz und Jossen zur Einsichtnahme aus.
Berlin, den 27. Januar 1933.

Der Kreisamtschef des Kreises Teltow: von Nathusius.

Schießplatz Summersdorf.
Schwarzschützen:
Am 1. 2. und 3. Februar 1933, Schießbahn Ost bis 10200, West bis 7500; Beginn 6 Uhr, Dauer 19 Stunden.

Berlin, den 30. Januar 1933.
Der Landrat des Kreises Teltow, von Nathusius.

Neues in Kürze

Das Reichskabinett ist nach Rücksprache des Kanzlers beim Reichspräsidenten zurückgetreten. Mit Verhandlungen zwecks Umwidmung wurde Herr von Papen betraut.

Die französische Regierung Paul-Boncourts ist mit 402 gegen 170 Stimmen in der Kammer gestürzt worden. Die „Grüne Sport- und Ritzschmooche Berlin 1933“ wurde mit einer Ansprache des Reichsernährungsministers eröffnet.

Die englische Delegation auf der Abrüstungskonferenz hat ein Memorandum mit neuen Vorschlägen an die Delegationen Amerikas, Italiens, Deutschlands, Frankreichs und Japans gelangen lassen.

Hilfer Reichskanzler

Der Reichspräsident hat Adolf Hilfer zum Reichskanzler ernannt und auf dessen Vorschlag die Reichsregierung wie folgt neu gebildet:

- Reichskanzler a. D. von Papen. Stellvertretender Reichskanzler und Reichsminister für das Land Weußen.
Freiherr von Neurath Reichsminister des Äußern.
Minister a. D. Feid Reichsminister des Innern.
Reichherr von Blomberg Reichswehrminister.
Graf von Schwegin-Krosigk Reichsfinanzminister.
Sugenberg Reichswirtschafts- und Reichsernährungsminister.
Seldte Reichsarbeitsminister.
Reichherr Elb von Rüdenach Reichspost- und Verkehrsminister.
Reichstagspräsident Göring Reichsminister ohne Geschäftsbereich, gleichzeitig Reichskommissar für den Luftverkehr.
Gercke bleibt Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung.
Das Justizministerium ist noch nicht besetzt.

Zum Rücktritt der Reichsregierung von Papen zu Verhandlungen zwecks Neubildung beauftragt

Berlin, 28. Januar.

Amtlich wird mitgeteilt: Reichskanzler von Schleicher erstattete heute dem Herrn Reichspräsidenten Bericht über die Lage und erklärte, daß die gegenwärtige Reichsregierung, ihrem Charakter als Präsidialregierung entsprechend, im Reichstage ihr Programm und ihre Auffassung nur dann zu vertreten in der Lage wäre, wenn der Herr Reichspräsident ihr die Auflösungsorder zur Verfügung stelle. Der Reichspräsident von Hindenburg erklärte, diesem Vorschlag bei der zur Zeit gegebenen Lage nicht entsprechen zu können. Reichskanzler von Schleicher erklärte hierauf den Gesamtrücktritt der Reichsregierung, den der Herr Reichspräsident unter Beauftragung des Kabinetts mit der einkünftigen Fortführung der Geschäfte entgegennahm. Der Herr Reichspräsident sprach dem Reichskanzler wie den Mitgliedern der Reichsregierung seinen Dank für die dem Vaterlande in schwerer Zeit geleisteten treuen Dienste aus.

Sitzung des Reichskabinetts

Das Reichskabinett war mittags 12 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, in der dem Reichskanzler die Eventualvollmacht gegeben wurde, dem Reichspräsidenten die Demission des Kabinetts anzubieten für den Fall, daß der Kanzler die Auflösungs Vollmacht nicht erhalten sollte. Um 12.15 Uhr begann die Besprechung des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten, als deren Ergebnis der Rücktritt erfolgte.

Schleichers Vorschläge

Der Reichskanzler hatte in der Unterredung mit dem Reichspräsidenten drei Möglichkeiten zur Lösung der Krise genannt.

Die eine Möglichkeit sei die Bildung einer parlamentarischen Reichsregierung.

Die zweite Möglichkeit bestünde in der Führung einer dieserartigen Kabinetts erhalte. Zweitens sei die Bildung einer auf eine starke Volksstützung gestützten Minderheitsregierung möglich, die wohl ebenfalls nur unter Führung Hitlers aber mit Unterstützung der übrigen Gruppen der Rechten zu erreichen wäre. Wenn der Reichspräsident seinen Widerstand, den er bisher gegen eine solche Lösung gehabt habe, aufgeben würde, so hätte auch diese Lösung Aussicht auf Erfolg.

Die dritte Möglichkeit sei die Bildung eines Präsidialkabinetts, das, wie das jetzige, vollkommen über den Parteien stehend und mit keiner verbunden, die Staatsautorität als Sachwalter des gesamten Volkes zu wahren hätte. Einem solchen Präsidialkabinett müßten dann aber auch die nötigen Vollmachten gegeben werden, wenn es keine Mehrheit im Reichstage fände.

Der Reichskanzler hat vor einer Lösung geglaubt warnen zu müssen, nämlich vor der, daß unter dem Namen eines Präsidialkabinetts etwa eine Regierung gebildet würde, die tatsächlich nur die Regierung einer einzelnen Partei darstellen würde und dann den Angriffen der überwiegenden Mehrzahl des gesamten Volkes ausgesetzt wäre.

Herr von Papen verhandelt

Reichspräsident von Hindenburg berief im Anschlusse an die Unterredung mit Reichskanzler von Schleicher den Reichskanzler a. D. von Papen und beauftragte ihn durch Verhandlungen mit den Parteien die politische Lage zu klären und die vorhandenen Möglichkeiten festzustellen.

In maßgebenden Kreisen rednet man damit, daß die Aufgabe, die Herr von Papen übernommen hat, nicht sehr lange Zeit beanspruchen wird, sondern schon heute zu Ende geführt sein kann.

Dabei wird besonders unterstrichen, daß Herr von Papen keineswegs mit der Regierungsbildung beauftragt worden ist, sondern nur die Aufgabe hat, die Möglichkeiten zu prüfen, die sich für eine Mehrheitsbildung ergeben.

Praktisch bedeutet das, was Herr von Papen festzustellen hat, ob ein Kabinett von Nationalsozialisten, Deutschen und Zentrum möglich ist. Diese Sonderierungen fußen auf den Verhandlungen, die bereits zwischen den Parteien der sogenannten Harzburger Front stattgefunden haben und nach Aeußerungen von unterrichteten Kreisen schon ziemlich weit gediehen sind.

Dann wird der Reichspräsident von der Antwort Hitlers unterrichtet werden, und es wird sich zeigen müssen, ob die Annäherung jetzt möglich ist, die im November nicht herbeigeführt werden konnte.

Wenn diese erste Stufe der Aufgabe des Herrn von Papen zurückgelegt ist, wird er sich auch an das Zentrum wenden, damit gefärt wird, ob sich das Zentrum in die Verhandlungen eingliedern läßt, die augenblicklich lagere zwischen den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen im Gange sind.

Das Zentrum müßte dieses neue Kabinett unterstützen, in dem es entweder aktiv in ihm vertreten ist, oder es wenigstens toleriert. Wahrscheinlich wird Herr von Papen ein Kabinett Hitler vorschlagen.

Warnung der Gewerkschaften

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine Freie Angestelltenbund, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund haben an den Reichspräsidenten gemeinsam folgendes Telegramm gerichtet:

Hochverehrter Herr Reichspräsident! In dieser Sorge über die unter Volk beunruhigend und bedrohend politischen Gefahren sind die Gewerkschaften aller Richtungen zur Beratung der überaus ersten Lage zusammengetreten. Sie halten sich in dieser entscheidenden Stunde für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die Beratung einer sozialreaktionären und arbeitserwidrigen Regierung von der gesamten deutschen Arbeiterklasse als eine Herausforderung empfunden werden würde. Die Gewerkschaften erwarten, daß Sie, Herr Reichspräsident, allen unterirdischen Bestrebungen, die auf einen Staatsstreich hinführen, Ihren entschiedenen Widerstand entgegenstellen und auf einer versöhnungsmäßigen Lösung der Krise bestehen.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände haben gleichzeitig, um einen Empfang beim Reichspräsidenten nachgehakt.

Dienstag, keine Reichstagsitzung

Wie das Hauptbüro des Reichstages mitteilt, fällt die Reichstagsitzung, die für Dienstag vorgesehen war, aus. Der Volkstemporal ist für Dienstag nachmittags 3 Uhr einberufen worden.

Das Zentrum wartet ab

Die Zentrumsfraktion des Reichstages befaßte sich mit den neuesten politischen Ergebnissen. Beschlüsse wurden dabei nicht gefaßt. Die Haltung des Zentrums wird, das ging schon aus diesen vorläufigen Besprechungen hervor, zunächst durchaus abwartender Natur sei.

Zwischenbericht Papens

Berlin, 30. Januar. Reichskanzler a. D. von Papen hat dem Reichspräsidenten einen Zwischenbericht über seine bisherigen Verhandlungen mit den Parteien erstattet.

Fühlungsnahme mit den Parteien

Vorschläge an die NSDAP: - Paralleler Verhandlungen des Zentrums.

Berlin, 30. Januar. Der frühere Reichskanzler von Papen, der vom Reichspräsidenten den Auftrag erhalten hat, festzustellen, welche Möglichkeiten für eine Regierungsbildung bestehen, hat seine Verhandlungen mit den Parteiführern logisch nach seinem Besuch beim Reichspräsidenten ausgenommen und dabei insbesondere mit den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen sowie auf indirektem Wege auch mit dem Zentrum Fühlung genommen.

Aus der Umgebung Papens verläutet, daß das Ziel ein nicht an Parteien gebundenes, also präsidiales oder autoritäres Kabinett sei, das aber von den Nationalsozialisten toleriert werde. Das würde eine Wiederholung des alten Papen-Kabinetts bedeuten. Aber auch alle anderen Möglichkeiten sind noch offen, zumal die Nationalsozialisten immer noch erklären, die Tolerierung eines Präsidialkabinetts läme für sie gar nicht in Frage, sie verlangten eine Kanzlerhaft Hitlers. Allerdings verlaütet von anderer Seite, Hilfer sei bereit, sich mit dem Kanzlerposten für seine Person und mit einem oder zwei weiteren Ministerposten für seine Parteifreunde zu begnügen. Damit würde ein parlamentarisches Mehrheitskabinett möglich sein, sofern das Zentrum für eine Mitarbeit oder doch tolerierende Haltung